

Wie Menschen in Heimen ihrer Freiheit beraubt werden

In vielen Heimen für Menschen mit Behinderung, psychisch Kranke, Senioren und in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe gehören Zwangsmaßnahmen zum Alltag. Beschönigend „wohltätiger Zwang“ genannt. Jetzt schlägt der Deutsche Ethikrat Alarm.

Von: Gabriele Knetsch und Carola Brand

Stand: 19.05.2017 | [Bildnachweis](#)

Ruhigstellende Psychopharmaka, Bettgitter, Fixiergurte - aber auch geschlossene Stationen, die verwirrte alte Menschen nicht mehr verlassen dürfen - so sieht das Arsenal von Zwangsmaßnahmen aus, das Menschen in den Pflegeeinrichtungen erleiden müssen.

"Eines Tages bin ich ins Heim gekommen und meine Mutter hatte total blutige Lippen. Dann hat sich herausgestellt, dass sie den Mund an dem Tag nicht aufgemacht hat. Also haben sie versucht, ihr den Löffel reinzuwürgen."

Brigitte Bührlen von der Initiative Wir!

"Dann geht der Azubi zur Leiterin und sagt: 'Die schreit bloß noch, und lässt sich nicht mehr anrühren.' Dann gibt man ihr natürlich was. Ich war einmal dabei, da hat man ihr drei Tabor gegeben. Tabor ist ein Psychopharmaka, ein starkes. Aber drei hintereinander war schon heftig."

Heidi Sommer, Angehörige

Beispiele aus Altenheimen. Aber auch in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, in Heimen für Behinderte und in der Psychiatrie werden Zwangsmaßnahmen angewendet.

Zwangsmaßnahmen - Deutscher Ethikrat schlägt Alarm

Die Bandbreite reicht von "schwarzer Pädagogik" in der Kinder- und Jugendhilfe oder Zimmereinschlüssen in Alten- und Behinderteneinrichtungen bis hin zu sedierenden Medikamenten in der Psychiatrie und Altenpflege - dies hat der Deutsche Ethikrat in drei Anhörungen seit Jahresanfang festgestellt. Experten, Betroffene und Angehörige schilderten dabei ihre Sicht der Dinge.

"Das Ergebnis ist, dass Zwang zu oft, zu undifferenziert, zu lang angewendet wird und dann später nicht mehr überprüft wird."

Prof. Sigrid Graumann, Deutscher Ethikrat



Prof. Sigrid Graumann, Deutscher Ethikrat

Prof. Sigrid Graumann möchte vor allem, dass die Zwangsmaßnahmen in der Kinder- und Jugendhilfe öffentlich thematisiert werden, denn darüber sei in der Gesellschaft noch zu wenig bekannt. Außerdem kritisiert sie die Medikamentengabe in Altenpflegeheimen. Es müsse viel stärker überprüft werden, ob die Verordnungen überhaupt notwendig sind, und nach Alternativen gefragt werden.

"Wir haben die Situation in der Pflege, vor allem in der Altenpflege, dass wir zu wenig Personal haben."

Prof. Sigrid Graumann, Deutscher Ethikrat

Zwangsmaßnahmen sind nach Ansicht der Ethikprofessorin vertretbar, wenn es um schwere Selbstgefährdung geht und die Betroffenen selbst das nicht abschätzen können. Personalmangel als Grund für die Gabe von Medikamenten aber ist nach ihrer Ansicht ein "no go", in der Praxis jedoch häufig der Fall.

Altenheimbewohner werden mit Psychopharmaka ruhiggestellt



Sedierende Medikamente sollen Heimbewohner ruhig stellen

Recherchen des Bayerischen Rundfunks bestätigen, dass in Altenheimen häufig sedierende Medikamente verabreicht werden, um die Bewohner ruhig zu stellen. Das weiß auch die Heimaufsicht. Sie sollte eigentlich verhindern, dass Menschen im Heim ruhig gestellt werden. Aber das gelingt nur sehr bedingt. 2010 hat die Münchner Heimaufsicht eine Umfrage durchgeführt, wie viele Psychopharmaka in ihren Heimen im Einsatz sind. Die Ergebnisse sind erschreckend - und leider immer noch gültig.

"Es ist schon definitiv so, dass wir knapp 50 Prozent Psychopharmaka in den Einrichtungen haben. Warum werden die gegeben? Es kann medizinische Indikationen geben, aber nicht zwangsläufig."

Tobias Lechner, Leiter der Münchner Heimaufsicht

Trotz der Kontrolle der Behörde werden drei Viertel der sedierenden Psychopharmaka abends oder nachts verabreicht. Wenn vielleicht ein oder zwei Pflegekräfte allein für bis zu 40 Bewohner zuständig sind. Und das,

obwohl ein Altenheimplatz zwischen 3000 und 4000 Euro im Monat kostet, medizinische Leistungen nicht eingerechnet.

Freiheitsbeschränkung: Amtsgericht lässt Heime kontrollieren

Das Münchner Amtsgericht zeigte sich alarmiert. 2014 startete es die "Initiative München". Das Ziel: mehr Kontrolle in den Einrichtungen, um den Einsatz sedierender Medikamente zu vermeiden. Oder die Verordnung wenigstens dem Richter zur Genehmigung vorzulegen. Diese Hoffnung hat sich nur bedingt erfüllt. Bisher gehen nur einzelne Anträge bei Gericht ein.

Das Amtsgericht München hat deshalb noch mal draufgesattelt. Seit Ende letzten Jahres müssen die Betreuer dem Gericht für jeden Heimbewohner einen Medikamentenplan vorlegen. Er listet auf, welche Arznei in welcher Dosierung und zu welchem Zweck verabreicht wird. Das Gericht will wissen, ob sedierende Mittel darunter sind, um Bewohner ruhig zu stellen.

Im Verdachtsfall schickt der Betreuungsrichter sogenannte Verfahrenspfleger zur Kontrolle in die Einrichtung. Zum Beispiel Susanne Schönert.

"Wenn ich in die Heime komme, komme ich meist unangemeldet. Mir fällt immer wieder auf, dass die Menschen, die schwierig sind, von den Pflegern als ungut oder umständlich, nicht so leicht zu pflegen empfunden werden. Es ist dann leicht, dem Hausarzt anzumelden: 'Kann man da nicht was geben, dann schläft er besser, dann steht er nicht ständig auf, weil er kann sich ja eh nicht orientieren.'"

Susanne Schönert, Verfahrenspflegerin

"Menschlichkeit ersetzt so manche Psychopharmaka"



Altenpflege: Es fehlt an Geld, Personal und Menschlichkeit

Die Aufgabe von Verfahrenspflegern ist es, nach Alternativen zu freiheitsentziehenden Maßnahmen zu suchen. Phantasie statt Pillen. Eine ihrer Ideen: Wenn ein Heimbewohner nicht schlafen kann oder will, dann soll er das Personal beim Stationsrundgang begleiten.

"Es geht um dieses kleine Wort 'Menschlichkeit'. Die Menschlichkeit ersetzt so manche Psychopharmaka. Definitiv."

Heidi Sommer, Angehörige

Die Ethikprofessorin Sigrid Graumann bestätigt: "An der menschlichen Zuwendung mangelt es manchmal schon." Was die Missstände angeht, wird der Deutsche Ethikrat demnächst eine Stellungnahme veröffentlichen. Ziel ist, Politik und Pflegeeinrichtungen zu sensibilisieren, dass Zwangsmaßnahmen nur die ultima ratio sein dürfen.